

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

286 (6.12.1912) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 12-1/2-1/2 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2660

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aannahme für die nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Beiträge, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Rechte Nachr.: W. Kolb.
 Kommunalpolitik, Aus der Stadt, Gerichtszeitung, Feuilleton u. Unterhaltungsblatt: S. Winter.
 Gewerkschaftliches, Aus dem Lande, Genossenschaftsbewegung, Soz. Rundschau: S. Kabel; sämtl. in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Siegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit
16 Seiten.

Kriegserklärung.

Am Mittwoch nachmittag hat Herr Bethmann-Hollweg eine Kriegserklärung entgegennehmen müssen. Nicht in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik des deutschen Reiches, sondern als Minister des Innern, der sie überbrachte, sondern der Führer der deutschen Zentrumspartei. Herr Spahn hat dem Reichskanzler eine Note seiner Fraktion zur Kenntnis gebracht, nach der das Zentrum auf Grund der Entschlüsse des Bundesrats zum Jesuitengesetz der Regierung sein Vertrauen entzieht und sein künftiges politisches Verhalten dementsprechend einrichten will.

Wir denken sechs Jahre zurück. Es war ebenfalls im Dezember, als ein Konflikt zwischen Regierung und Zentrumspartei zum Ausdruck kam. Der Anlaß waren damals, wie man sich erinnert, Streitigkeiten kolonialpolitischer Natur, die durch die Heftigkeit des persönlichen Zusammenstoßes zwischen dem stellvertretenden Kolonialdirektor Spahn und dem Abg. Neeren verschärft und auf die Spitze getrieben wurden. Sie führten zur Auflösung des Reichstags am 13. Dezember und letzten Endes zum Sturz des Fürsten Billow, dem die Klerikalen den ihnen angetanen Tort nicht vergessen hatten. Ob Herr Spahn und seine Freunde und ob Herr v. Bethmann sich am Mittwoch wohl jener Zeiten erinnert haben.

Damals war eine offizielle Kriegserklärung ergangen. Das Zentrum zeigte nur an einer bestimmten Position, wie wertvoll seine Freundschaft und wie bedenklich seine Gegnerschaft sei. Heute hat die Partei ihr Misstrauen ausdrücklich und generell zum Ausdruck gebracht und so hätte ja eigentlich der gegenwärtige Kanzler mehr Grund zur Sorge als sein Vorgänger vor sechs Jahren, zumal da er doch von den schlechten Erfahrungen mit dem Bloß, der seinem Namen nach den Fürsten Billow trug, hat profitieren können. Und dennoch hatte es nicht den Anschein, als ob der Reichskanzler durch die Erklärung Spahns sonderlich erschrocken worden wäre, und auch unter den Abgeordneten war wohl niemand, der in ihr den Beginn eines ernsthaften Konflikts gesehen hätte. Man bewertete sie als eine Geste, aber nicht als eine Tat, und während Billow den Zentrumsleuten am 13. Dezember 1906 die Worte zurief, die er später wohl bereut hat: „Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis“, mahnte Bethmann die, die ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hatten, mit väterlicher Freundlichkeit und gab ihnen zu verstehen, daß er die Kriegserklärung nicht so ernst nehme, und daß er an eine Öffnung wirklicher Freundschaften nicht glaube.

In dieser Behandlung der Sache liegt eigentlich viel Geringschätzung für die Zentrumspartei. Zwar wird der Reichskanzler sich sicher dagegen verwahren, daß es seine Absicht gewesen sei, der Fraktion, der er nicht wenig verdankt, den nötigen Respekt zu schenken, aber wenn die zweitgrößte Partei eines Parlaments der Regierung ihr Misstrauen ausdrückt und sozusagen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ankündigt, so hätte sie eigentlich das Recht, von diesem Schritt eine stärkere Wirkung zu erwarten als sie die Zentrumsfraktion im Reichstag erlebt hat. Woran liegt's, daß man sich darauf beschränkte, von der Drohnote Akt zu nehmen und sie im übrigen für unbegründet zu erklären? Nun, das Zentrum selbst ist daran in mehr als einer Beziehung selbst schuld.

Der leitende Minister des deutschen Reiches braucht ja, zum mindesten nach der geltenden staatsrechtlichen Theorie, keinerlei Rücksicht darauf zu nehmen, ob er das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Er steht über den Parteien und es kommt ihm ja nur darauf an, die Anerkennung und die Zustimmung des einen Mannes zu finden, von dessen Gnade er ist, was er ist. Eine unmittelbare Bedeutung hat es für ihn nicht, ob eine Partei, die bisher die Politik der Regierung unterstützte, in das Lager der Opposition abzuweichen, auch wenn nicht so ohne weiteres zu erkennen ist, wo sich ein vollwertiger Ersatz für diese Ueberläufer finden soll. Er kann abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln, er kann im Vertrauen auf den Himmel und den Kaiser fortwursteln. Ja, wenn beispielsweise im englischen Unterhaus die Freie oder die Arbeiterpartei Herrn Asquith erklären würden, daß er ihr Vertrauen fürderhin nicht mehr besitze, dann hätte eine solche Ankündigung eine augenblickliche Wirkung und der britische Premierminister würde entweder sofort seinen Abschied einreichen oder mit seinen Kollegen die Demission doch in ernsthafte Erwägung ziehen. Bei uns kann davon

keine Rede sein; wir sind überzeugt, daß Bethmann mit seinen „Mitarbeitern“ den Fall nicht einmal ernsthaft besprechen wird. Er wird auf seinem Platz im Reichstag sitzen, als ob nicht das mindeste geschehen wäre und er wird seine Amtsgeschäfte mit derselben bureaukratischen Selbstzufriedenheit erledigen, die ihn bisher ausgezeichnet hat. Und bei wem darf er sich für diese Erhaltung seiner Ruhe bedanken? Nun, nicht zuletzt bei dem Zentrum, das ja zu den Parteien gehört, die sich mit Händen und Füßen gegen das parlamentarische System sträuben und nichts davon wissen wollen, daß der Reichstag über die politische Existenz eines Ministers befinden soll. Das Zentrum hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn weder die Regierung noch die übrigen Parteien seine Drohung tragisch nehmen. Es hat sich gar zu oft grundsätzlich gegen den Gebrauch der Waffen ausgesprochen, mit denen es dem Reichskanzler jetzt erschrecken will, und es hat selbst mit allen Mitteln die Position des Ministers, die es jetzt erschüttern möchte, befestigt und widerstandsfähig gemacht. Aber ist es dem Zentrum denn auch, abgesehen von den Schwierigkeiten, die es sich selbst in angestrengter Arbeit in den Weg gerollt hat, überhaupt ernst mit seinem Entschluß? Es ist mißtrauisch und will sein Verhalten darnach einrichten! Der Abgeordnete Franke hat dem Vorsitz der Klerikalen in sehr geschickter Weise das Schwert schon aus der Hand geschlagen, noch ehe er es gezogen hatte. Er hat ihn an die Kriegserklärung erinnert, die das Zentrum im Frühjahr gegen den Kriegsminister v. Seeberging richtete. Auch damals wurde eine Note verlesen, auch damals stießen die Herren, deren heftigste Gefühl durch die Worte des Ministers über das Duell verletzt waren, gewaltige Drohungen aus, aber es blieb halt bei den Worten. Als über das Gehalt des Ministers abgestimmt wurde, sagten sie nicht Nein und auch sonst hat man in keiner Weise gemerkt, daß sie der Regierung irgend etwas nachtragen. Wie sollen wir ihnen da glauben, wenn sie sich jetzt gar so grimmig geben! Zudem aber haben sie sich doch schon Lügen gestraft noch ehe sie den Mund aufstapeln. Diefelben Leute, die Tag für Tag in der Presse und in Verammlungen die Entrüstungsschreie entlassen, die sich geben, als sei im Deutschen Reich eine diabolische Christenverfolgung ausgebrochen, die halten doch in unüberprüflicher Freundschaft mit denen zusammen, die Anhänger des Jesuitengesetzes sind und dem Bundesrat sogar noch vorwerfen, er habe dem Zentrum und dem Ministerium Hertling zu weitgehende Konzessionen gemacht. Eben erst wieder sind in Württemberg Zentrum und Konervative brüderlich vereint in die Schlacht gegangen und nirgendwo in ganz Deutschland vollzieht sich eine Nachwahl, bei der nicht wie selbstverständlich die Schwarzen neben den Blauen marschieren. Wenn wirklich die Jesuitenfrage der Eckstein der Zentrumspolitik wäre, dann hätte Herr Spahn seine Kriegserklärung mindestens mit derselben Schärfe an die Adresse der Konservativen richten müssen wie an die des Reichstags.

Aber davor scheut man sich. Mit der Rechten will man es nicht verderben, weil man die in anderen Dingen gebrauchen kann, und weil man im anderen Falle ganz von selbst an die Seite der Linken, der Sozialdemokratie, getrieben würde. Die wäre ja bereit, mit dem Zentrum gemeinsam für die Beseitigung des Jesuitengesetzes zu stimmen. Nicht um des Zentrums und um der Jesuiten willen, sondern weil sie jedes Ausnahmengesetz ablehnen. Jedoch aus sozialdemokratischen Gründen wollen die politisch organisierten Katholiken die Freiheit der Jesuiten nicht entgegennehmen, weil sie fürchten, daß dadurch das Zentrum verpflichtet würde, auch für die Freiheit anderer Leute einzutreten. Seine Sehnsucht nach Freiheit und seine Begeisterung für Gerechtigkeit erstreckt sich nur auf die Jesuiten. Darüber hinaus geht es nicht, und wenn die deutschen Arbeiter kommen und Forderungen stellen, die durchaus in der Konsequenz der Gründe liegen, mit denen die Klerikalen die Notwendigkeit der Aufhebung des Jesuitengesetzes stützen, so treten die schwarzen Freiheitsfreunde an die Seite der Reaktionäre.

Deshalb dürfen wir überzeugt sein, daß die Kriegserklärung auf dem Papier bleiben wird. Nicht als ob sie nicht hier und da der Regierung gewisse Schwierigkeiten machen würden. Dazu mögen sie schon bereit sein. Sie werden sich auch auf die Note denen gegenüber berufen, die ihnen innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Reihen einen Vorwurf aus ihrer Regierungstrümmerei machen. Auch denen gegenüber, die das Zentrum in Rom der Laubheit in der Vertretung katholischer Grundfälle bezichtigen, hat es immer eine Ausrede: Was wollt ihr, haben wir nicht der Regierung förmlich und feierlich das Vertrauen aufgekündigt? Aber an eine entschlossene und folgerichtige Opposition, an die Bereitwilligkeit, in Gemeinschaft mit der Linken einen Kampf um Menschen- und Staatsbürgerrechte aufzunehmen, glaubt auch der Unernaibste nicht. Das Zentrum befindet sich seit Mittwoch mit der Regie-

rung im Kriegszustand, aber weder hüben noch drüben werden die Säbel geschliffen und wenn man überhaupt schießt, dann verwendet man höchstens Platzpatronen. Auf der einen wie auf der anderen Seite weiß man, wie die Kriegserklärung gemeint ist, schüttelt sich die Hände und sagt: Darum keine Feindschaft nicht!

Deutsche Politik.

Preussische Landtagsdiäten. Die Diätenkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat Dienstag abend beschlossen, die Regierung um eine Neuregelung der Diäten für die Landtagsabgeordneten unter Bewährung von Freifahrkarten für die Dauer der Legislaturperiode für ganz Preußen zu ersuchen. Dieser Beschluß wurde mit 12 gegen 9 Stimmen gefaßt, obwohl der Regierungsvorrede erklärt hat, daß die Regierung nicht daran denke, vor den Neuwahlen die Initiative zu einer Aenderung des bestehenden Zustandes zu ergreifen.

„Veteranenfürsorge“. Anlässlich der Jahrhundertfeier der sogenannten Befreiungskriege sollen im nächsten Jahre in Königsberg und Breslau rauschende Festlichkeiten stattfinden. Es war auch eine Veteranenstiftung geplant, aus der bedürftige Kriegsteilnehmer unterstützt werden sollten. Durch „freiwillige Sammlungen“ sollte die erforderliche Summe zu dieser Stiftung aufgebracht werden. Es wurde seit Wochen für die Sammlung Stimmung in der Presse gemacht. Es hieß, das Reich könnte keine weiteren Mittel für die Veteranen bereit stellen, hier müsse die „private Wohltätigkeit“ helfen und jeder sollte seinem Einkommen und Vermögen entsprechend reichlich geben. Am 1. Dezember ist in Ostpreußen von Haus zu Haus für die Veteranen gesammelt worden, und in Königsberg ist die beschämend niedrige Summe von 21 000 Mk. zusammen gekommen. Die reichen Leute haben zum Teil versagt; es heißt in der Lokalpresse, in den Bezirken der sogenannten kleinen Leute seien über 100 000 Mk. in großen Beträgen gesammelt worden, während manche reiche Viertel die Erwartungen enttäuscht hätten. 21 000 Mk. aus der Provinzhauptstadt! Da wird in den mittleren und kleinen Städten sowie auf dem platten Lande erst recht wenig herauskommen. Dabei leben in Ostpreußen 10 000 Veteranen, zum größten Teil in bedürftigen Verhältnissen. Von einer nennenswerten Unterstützung wird da keine Rede sein. Aber für die Festlichkeiten sollen ganz andere Summen ausgegeben werden. Erst in diesen Tagen bewilligte die Stadtverordnetenversammlung in Königsberg 10 000 Mk. zur Errichtung eines Festplatzes! Es ist das nur die Hälfte der Summe, die für den Festplatz ausgegeben wird. Die andere Hälfte zahlt der Kreis Fischhausen. Im Sommer wurden von der Königsberger Stadtverordnetenversammlung über 44 000 Mk. zu nationalen Festlichkeiten bewilligt. Und zwar soll das nur der „Grundtrog“ sein. Weiter ist ein Festzug geplant, der 60 000 Mk. kosten soll.

Sicherlich werden die Feierlichkeiten noch weitere Summen erfordern, man wird auf Kosten der Steuerzahler eine offene Hand haben, und man wird „zur Hebung des Patriotismus“ höchst wahrscheinlich mehr Geld ausgeben, als in ganz Ostpreußen für die Veteranen gesammelt worden ist. Diesen bleibt dann nichts übrig, als weiter zu hungern; sie können aber mit dem erhebenden Bewußtsein darben, daß man in Preußen vor allem bemüht ist, das nationale Bewußtsein zu stärken und den Patriotismus zu pflegen.

Strefemann als Sammelfandant. Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, ist im Wahlkreis Neuß a. L. von den Nationalliberalen Syndikus Dr. Strefemann als Kandidat für die Ersatzwahl aufgestellt worden. Die Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei steht in sicherer Aussicht; auch mit der Rechten sind Verhandlungen angeknüpft, um das gesamte Bürgertum unter eine Fahne gegen die Sozialdemokratie zu sammeln. — Vorerst ist die Sammlung noch keine lückenlos, denn der Bund der Landwirte hat natürlich wenig Lust, Herrn Strefemann zu unterstützen, der bei der Nachwahl in Diebso-Lyck kein gutes Haar am Bunde ließ. Schließlich liegen im Wahlkreise Neuß a. L. die Dinge allerdings so, daß der Regierung der Reichspartei, der Konservativen oder der Nationalliberalen gekämpft. Wir eroberten den Kreis zum erstenmale 1877 mit dem Genossen Bloss. 1878 unterlagen wir; 1881 und 1884 siegte wieder Bloss, der 1884 wegen Doppelwahl ablehnte, worauf Genosse Wiemer gewählt wurde. 1887 ging der Kreis an die Reichspartei verloren, von 1890 bis 1903 wurde Genosse Förster stets im ersten Wahlgange gewählt. Bei den Reichswahlen 1907 unterlagen wir im ersten Wahlgang den Konservativen, 1912 siegten wir mit 8542 gegen 3804 Nationalliberale und 3319 fortschrittliche Stimmen. Die Ersatzwahl ist auf den 19. Dezember festgesetzt.

marken!
 er"
 aufsätze,
 aufgelegt
 Bordüren
 30
 ige
 rb. 4.95
 Ben 6.75
 ha- 2.95
 er- 1.25
 er- 1.25
 0.95
 11.50
 11.50
 2.95
 2.75
 ice
 tall-
 ver- 1.75
 2.95
 3.95
 mit
 u. 3.75
 6.25
 10.75
 1.75, 75
 1.75, 75
 en
 1.25
 1.65
 0.85
 0.65
 0.48
 1.95
 0.95
 2.25
 3.45
 4.95
 gs
 hr
 t.

Badische Politik.

Das langweiligste öfentliche politische Blatt Badens, die Badische Landeszeitung, hat sich gestern wieder einmal einen Originalleitartikel geleistet. Als Objekt dazu wurde die Sozialdemokratie gewählt. Wir haben in der letzten Zeit viel Unfug über die Haltung der Sozialdemokratie in den schwebenden Fragen der auswärtigen Politik gelesen, aber der Artikel der Badischen Landeszeitung übertrifft alles. Es lohnt sich wirklich nicht, auf den Inhalt des Artikels, dessen Verfasser weder vom Marxismus noch von der auswärtigen Politik etwas versteht, des näheren einzugehen, zumal wir die Fragen, um die es sich dabei handelt (Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien), schon wiederholt und ausführlich behandelt haben. Es widerspricht uns auch, Männer wie Viktor Adler, Jaures, Azelee, Greulich, Keir Gardie usw., gegen die blöden Schimpereien der Bad. Landeszeitung zu verteidigen. Das hieße diesem Artikel zu viel Ehre erweisen. Wer nichts Besseres über die Stellung der Sozialdemokratie zu schreiben weiß, als die Bad. Landeszeitg., der würde wirklich besser daran tun, über dieses Kapitel zu schweigen.

Wänderung der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung.

Der Vollzug der Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung hat eine Aenderung des § 91 der Verordnung, den Vollzug der Gewerbeordnung betr. notwendig gemacht. Es wird diesbezüglich durch eine Verordnung des Ministeriums des Innern bestimmt, daß der § 91 folgende Fassung erhält:

Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbescheines oder auf Erteilung der Erlaubnis zur Mitführung anderer Personen beim Gewerbebetrieb im Umherziehen sind bei der Ortspolizeibehörde des Wohn- oder Aufenthaltsortes anzubringen. Anträge von Inländern und Ausländern, welche in § 55 Ziffer 4 der Gewerbeordnung bezeichneten Gewerbebetrieb (Häufauführungen und dergleichen) betreffen und Anträge von Ausländern, welche im Reichsgebiet keinen Wohnort oder Aufenthaltsort haben, sind unmittelbar bei dem Bezirksamt zu stellen, in dessen Bezirk das Gewerbe betrieben werden soll. Wer um einen Wandergewerbeschein nachsucht, hat über sein Alter und über seine persönlichen Verhältnisse, soweit sie für die Beurteilung des Erfolgs von Bedeutung sind, genaue und wahrheitsgetreue Auskunft zu geben und die Gültigkeit des hochschuligen Gewerbebetriebs sowie der Waren und Leistungen, welche er im Umherziehen darzubieten beabsichtigt, einzeln zu beschreiben.

Zugleich hat der Geschäftsführer bei Stellung des Antrags auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines die für den Wandergewerbeschein erforderliche unangefugene Photographie in Visitenkartenformat beizubringen. Mit dem Antrag auf Ausstellung eines gemeinsamen Wandergewerbescheines ist die Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliebes einzubringen. Die Photographie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgöße von mindestens 15 Zentimeter haben, und darf in der Regel nicht älter als 5 Jahre sein. Die den Antrag aufnehmende Behörde hat Name und Nummern der dargestellten Person auf der Rückseite der Photographie sofort zu vermerken. Hierbei ist, gegebenenfalls auf Grund persönlicher Erscheinens, zu prüfen, ob die Photographie tatsächlich diejenige des Geschäftsführers (bei gemeinsamen Wandergewerbescheinen des Unternehmers oder Mitgliebes), ähnlich und gut erkennbar ist; ob diese Prüfung erfolgt ist oder nicht, ist auf dem Antrag zu vermerken. Der Geschäftsführer und derjenige, dessen Photographie in den Wandergewerbescheinen aufzunehmen ist, sind verpflichtet, auf Verlangen bei der den Antrag aufzunehmenden Behörde persönlich zu erscheinen.

Vor Erteilung des Wandergewerbescheines hat die zuständige Behörde zunächst zu prüfen, ob überhaupt der Betrieb eines zulässigen Wandergewerbes in Frage steht, ob für den beabsichtigten Betrieb ein Wandergewerbeschein erforderlich ist, ob die in den §§ 57 bis 57b bezeichneten Gründe zur Verweigerung vorliegen, und ob Veranlassung gegeben ist, von den nicht zwingenden Verweigerungsgründen der §§ 57a und 57b der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Dez.

Am Bundesratssitz die Staatssekretäre Debrück, Kühn, Lisco, v. Tirpitz, Kraetzle, der Kriegsminister v. Geeringen, der Präsident des Reichserziehungsamtes Wackerjapp und später der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Will (Korn), Vertreter des Wahlkreises Göslin-Solp-Lauenburg, wird durch Erheben von den Seiten geehrt.

Fortsetzung der Jesuiten- und der Staatsdebatte.

Abg. Raafschke (natl.): Wir würden es bedauern, wenn durch die Erklärung des Abg. Spahn ein neuer Kulturkampf entzündet. Wir wünschen den konfessionellen Frieden. Es ist unverständlich, wie das Zentrum, das bekanntlich keine konfessionelle, sondern eine politische-nationale Partei sein will, in diesem Augenblick mit einem Mißtrauensvotum vorgehen kann. Herr Spahn hat kein Wort zu dem Etat gesagt; alle Interessen liegen hinter diese einzige konfessionelle Frage zurücktreten. Wenn ein folgenreicher Konflikt kommen sollte, so trifft die Schuld allein das Zentrum. (Sehr richtig!) Dem Reichskanzler danke ich für seine warmen, vortrefflichen Worte im Interesse der evangelischen Bevölkerung. Die Regierung hat oftmals ein Auge zugedrückt: Keiner Partei ist es deshalb eingefallen, der Regierung darüber einen Vorwurf zu machen. Die Enghirsen der letzten Zeit haben auch in weiten Kreisen der katholischen eine weitgehende Erregung hervorgerufen. (Lebhaftes, sehr richtig!) Nun will das Zentrum der Regierung den Fehdehandschuh hinwerfen, weil seinen Wünschen in Bezug auf das Jesuitengesetz nicht Rechnung getragen wird. Ich hoffe, daß das nationale Empfinden des Zentrums auch hier den geeigneten Weg finden wird. (Lebhaftes Bravo!)

Der Etat bietet an sich ein recht erfreuliches Bild. Bedauerlich finde ich es, daß trotz dieser guten Verhältnisse unsere Staatspapiere einen derart niederen Stand haben. Man sollte viel mehr als bisher das Geld in den wirtschaftlichen Unternehmungen fremder Länder anlegen nach dem Muster des Auslandes. Dadurch hätte man auch die politischen Interessen Deutschlands in diesen fremden Ländern. Wir sind bereit, den Forderungen für Meer und Marine zuzustimmen. Die weitere Vermehrung des Veteranenfonds begrüßen wir. Der Kolonialetat ist besonders erfreulich; auf die kulturellen Fortschritte kann man stolz sein (Bravo!), namentlich in Australien. Wollen wir den Umsturz bekämpfen, so gilt es, eine verlässliche Verwaltungspraxis und eine verlässliche Rechtsprechung zu schaffen. Dadurch werden die Menschen zufriedener gemacht

und wir haben dann uns vor der Sozialdemokratie nicht zu fürchten.

Abg. Wiener (fortsch. Volksp.): Bezeichnend ist es, daß der Abg. Spahn kein Wort zum Etat gesagt hat. Meines Wissens ist das das erste Mal im Reichstag der Fall gewesen. Ich hoffe, daß sich das auch in Zukunft nicht wiederholen wird. Der Reichskanzler hatte Recht mit der Schlussfolgerung, daß für das Zentrum die Jesuitenfrage den Eckstein seines Programms bilde. Wenn das Zentrum mit Bezug auf den Erlaß des Bundesratsbeschlusses eine Kriegserklärung gegen den Reichskanzler und den Bundesrat abgibt, so muß es nun folgerichtig der konservativen Partei den Krieg erklären. Vielleicht zerbricht Herr Gröber daher mit kräftiger Hand das Tischstuch der Tafel, an der er bisher gesessen hat. (Zuruf Gröbers: Das glauben Sie selber nicht!) Wir billigen den Bundesratsbeschuß völlig und wir hoffen, daß eine gelinde Praxis auch in Zukunft angebracht wird. Das Zentrum behält sich seine Stellungnahme vor; wenn es die Konsequenzen hätte ziehen wollen, so hätte es schon Gelegenheit bei den Interpellationen der Sozialdemokratie gehabt (Widerspruch im Zentrum) oder bei dem Zusammenstoß mit Behrn. v. Schorlemer.

Ein endgültiges Urteil über die Finanzreform kann man noch gar nicht fällen. Die Vorwürfe gegen die Börsen sind nicht berechtigt. Der Dittmarzulage stimmen wir zu. Das Maß der Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage ist im Volk bis zum Ueberlaufen voll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Umsturz in unserer Handelspolitik bevorsteht. Den Eigenbahnbau in den Kolonien stimmen wir zu, wenn die Mittel in den Kolonien selbst aufgebracht werden. Die Notwendigkeit eines Neubaus der Kaiserjacht wird man uns in der Kommission nachweisen müssen. Die Kriegereine sollen unpolitisch sein. Die politische Bestimmungen sind nicht unpolitisch. Die politische Bestimmungen sind nicht unpolitisch. Die politische Bestimmungen sind nicht unpolitisch.

Abg. Arendt (Reichsp.): Der jetzige Augenblick ist der ungünstigste für die Verhinderung konfessioneller Gegensätze. In dem Bundesratsbeschuß ist eine solche nicht zu sehen. Die Finanzreform hat zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage wesentlich mitgeholfen. Vielleicht läßt sich die Kirchensteuer auf die Reichs- und Staatspapiere ausdehnen. Zu erwägen ist, ob die Durchführung der Reform nicht beschleunigt werden muß. Hinsichtlich der Kriegsteilnehmer ist uns noch kein Staatssekretär so entgegengekommen wie der jetzige. Öffentlich wird nun auch die Gerabhebung der Altersgrenze für die Verdienste vom 70. auf das 65. Lebensjahr erreicht werden. Die Kaiserjacht muß durchaus festlich sein, was man von der jetzigen nicht sagen kann. Die Reichs-Wertungssteuer entspricht nicht den Erwartungen. Wir müssen uns gegen den Materialismus wenden; das hat für die äußere wie für die Wirtschaftspolitik die größte Bedeutung. (Bravo rechts.)

Abg. Senba (Pole): Die politischen Verhältnisse in unserer Heimat haben infolge der Enteignung sich so zugekehrt, daß wir eine Interpellation über die auch das Reich in höchstem Maße angehende, gegen die Moral verstoßende preussische Polepolitik für notwendig halten. (Vizepräsident Dove rügt die Jesuitenfrage schlichten wir uns der Erklärung des Zentrums an. Auch wir verurteilen den Erlaß des Bundesrats, der die Handhabung des Jesuitengesetzes verächtlich und den konfessionellen Frieden gefährdet und fordern die Aufhebung des Jesuitengesetzes.)

Abg. Ulpers (Welfe) wünscht eine Zolunion zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und betont: Wir sind keine Partikularisten. Unsere vaterländische Gesinnung unterliegt keinem Zweifel. Wir glauben uns aber als freie Männer zu unbefangener Treue ihm verpflichtet. Daneben halten wir unsern geliebten deutschen Vaterland die Treue.

Abg. Dr. Lensch (Soz.):

Uns wird der Terrorismus unserer Gewerkschaften vorgeworfen. Aber der Terrorismus und der Organisationszwang gilt bei den Kartellen doch viel größer. Herr Arendt sollte uns das also nicht vorwerfen, sondern sich an seine eigene Nase fassen. (Große Heiterkeit und Zurufe: Antisemitisch!) Es wird mir antisemitisch zugeufen. Ich habe immer gehört, Herr Arendt sei christlich und er legt auf sein Christentum doch besonderen Wert. (Heiterkeit.) Die Staatsrede des Herrn Spahn hat man wohl kaum erwartet. Er hielt eine Staatsrede, in der vom Etat keine Rede war. (Heiterkeit.) Er hielt eine echte Jesuitenrede über die Jesuiten. Es war interessant zu beobachten, wie die Rede auf die Bundesfreunde auf der Rechten wirkte. Der Vorstoß kommt beiden Bundesbrüdern sehr zu statten. Den Herren von der Rechten paßt es auch in den Ram, wenn sie in ihren Wahlkreisen sich als Gegner der Jesuiten und Verächter des Protestantismus aufspielen können. Sie wollen auch den Beweis bringen, daß ein Bündnis mit dem Zentrum nicht bestände. (Sehr richtig! links.) Das Zentrum ist seit einigen Jahren das Kernstück der Regierungsparteien geworden. Es hat damit die Verantwortung der Regierungspolitik übernommen und es fühlt, daß sich Opposition in seinen eigenen Arbeiterkreisen laut macht. Da kommt ihm nun dieser Kulturkampf sehr zu statten. Man will die Aufmerksamkeit der katholischen Arbeitermassen durch Entflammen konfessionellen Gaders auf sich lenken. Die augenblickliche Situation des Zentrums bietet gute Gründe dafür, wo das Zentrum doch auch das Gift im Leibe hat. (Oertel lacht.) Ich begreife, Herr Oertel, wenn Sie sich dadurch gerührt fühlen, wenn ich sage, daß jemand Gift im Leibe hat. (Große Heiterkeit.) Dieser Gewerkschaftstreik, den jetzt das Zentrum hat, ist nur die Folge davon, daß das Zentrum die Organisation der Arbeitermassen nicht ernstlich gemeint hat, sondern nur ein Konkurrenzmanöver gegen die freien Gewerkschaften aufzuführen. Jetzt beginnen die katholischen Arbeiter aber zu erkennen, daß niemand ihren Glauben bekämpft. In diese Situation ist die päpstliche Enghirsa hineingeklopft. (Sehr richtig! links.) Der Streit zwischen Berliner und Kölner Richtung ist auf dem Höhepunkt. In Wirklichkeit würde das Zentrum bei diesem Streit die Rückkehr der Jesuiten mehr zu fürchten haben als irgend eine andere Partei. Wie stellt sich der Reichskanzler zu der päpstlichen Enghirsa, die einen Eingriff in das Koalitionsrecht bedeutet? Der Herr Reichskanzler hat die Aufgabe, uns darüber zu berichten. Er hat bei Beginn des Gewerkschaftstreites erklärt, er werde den Streit im Auge behalten. Ein Zentrumsklärt behauptet jetzt, der Reichskanzler habe in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften wirken lassen. Der Reichskanzler steht also da (er ist ja gar nicht da), ja, er steht nicht da und sieht nicht da, aber sein Stuhl ist ja da. (Heiterkeit.) Also der Herr Reichskanzler steht also da als eine Stütze der christlichen Gewerkschaften. Wir verlangen Auskunft, wie sich der Reichskanzler zu der ganzen Frage stellt. Am Zusammenhang mit dem Koalitionsrecht steht die Frage des Vereins- und Versammlungswesens. Der Berliner Polizeipräsident von Jauch hat meinen ausländischen Parteigenossen das Sprechen in ihrer heimischen Sprache in Berlin verboten, ohne daß er sich dazu berechtigt gewesen wäre. Das schädigt das Ansehen des deutschen Reiches im Ausland. Dann spricht der Redner über die tabellarische Wirtschaftsordnung, die die Arbeiter zugunsten der bestehenden Klassen ausbeutet und schlicht:

Die Weltgeschichte hat einen tiefen Sinn. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Persönlich bemerkt Abg. Arendt (Soz.): Wie ich höre, hat der Herr Vorredner auf meine Kosten einen Witz gemacht. Da das der einzige Witz in seiner langen Rede war, will ich darüber hinweggehen. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Parteifragen; Fortsetzung der Debatte. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Kommunalpolitik.

* Bürgermeisterwahl in Sasbach. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Heinrich Birke mit 129 Stimmen gegen Kaufmann Fr. Weber mit 73 Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 98 Prozent.

* Bürgermeisterwahl in Densbach. Der zweite Wahltermin für die Bürgermeisterwahl brachte ein Ergebnis. Es erhielten Eduard Weber 115, Adolf Niegelsberger 78 und der bisherige Bürgermeister 27 Stimmen. Weber ist darnach gewählt.

Die Wohnungsnot in Braunschweig hatte schon im Jahre 1910 erschreckende Dimensionen angenommen. Dieser Zustand veranlaßte unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag einzubringen, verfahrensweise in eigener Regie von der Stadt Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und unteren Beamten zu errichten. Dem Antrage wurde zugestimmt. Aber erst jetzt hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit einer Magistratsvorlage zu beschäftigen, nach welcher die Stadt 51 833 Quadratmeter Land für 229 730 Mk. ankaufen will, auf dem 64 dreigeschossige Wohnhäuser mit Wohnungen zum Preise von jährlich 268 bis 433 Mk. errichtet werden sollen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte gegen die Stimmen der Hausgratier, die überhaupt jede Wohnungsnot leugnen — dem Antrage des Magistrats zu, ließ jedoch die Frage offen, ob nicht eine zu bildende Genossenschaft die Herrichtung der Bauten übernehmen könnte, der man den Baugrund eventl. in Erbpacht geben will. Weiter wurde beschlossen, die Baugenossenschaft aus städtischen Mitteln wirksam zu unterstützen. Diese Genossenschaft besteht seit 1888 und zumeist aus Parteigenossen. Sie hat bisher 82 Wohnhäuser mit 611 Wohnungen erbaut. Seit 1901 behält sie die Häuser in eigenem Besitz und gibt die Wohnungen um jährlich 30—40 Mark billiger ab, als die Privatunternehmer die gleichen Wohnungen. Sie baut jetzt in eigener Regie und erparit dadurch an jedem genöthlichen Wohnhaus über 4000 Mk. Unternehmergewinn.

Auf Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten verzichtet die Stadt für die Folge auf die Sicherstellung der Kosten des Oberbaues der von der Genossenschaft anzulegenden Wohnhäuser. Bereits hinterlegte Sicherheitskapitalien werden freigegeben. Die unterirdischen Anlagen in den Wohnhäusern der Genossenschaft läßt die Stadt auf eigene Kosten errichten. Anträge der Genossenschaft auf Erleichterung von Hypotheken aus Mitteln der Stadt sollen in erster Linie berücksichtigt werden. Mehr als 4 Proz. Zinsen sollen nicht gewordert werden. Weiter werden 100 000 Mk. aus dem Stadtfiskus zur Verfügung gestellt zur Belebung der Grundstücke der Genossenschaft über die Grenze der Mündelsicherheit hinaus, bis zu 90 Proz. des Kaufwerts des Grundstücks. Solche Hypotheken sollen mit 3 Prozent verzinst werden.

Das sind wesentliche Erfolge des praktischen Wirkens unserer Genossen in der Stadtverwaltung.

Gewerkschaftliches.

Streik im Textilgewerbe. Bei der Firma J. W. G. in Kullmbach ist ein Streik der Färbearbeiter ausgebrochen, weil die Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemäßregelt wurden. Der Besitzer der Firma, der liberale Kammergenrat Herr Streubel, hat bereits im Jahre 1908 den Arbeitern in Goldmühl (Oberfranken) das Koalitionsrecht auf gleiche Art freitig gemacht. Er selbst macht vom Koalitionsrecht Gebrauch, denn er ist Mitglied des süddeutschen Industriellenverbandes. In dem Betrieb werden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt, auch lassen die übrigen Arbeitsbedingungen viel zu wünschen übrig. Deshalb hat wohl die Firma begründete Ursache, sich vor der Entwicklung der Organisation in ihrem Betriebe zu fürchten.

Die Aussperrung in Göttingen (Württemberg) ist nach 15wöchentlicher Dauer für die Arbeiter und Arbeiterinnen erfolglos beendet worden.

Bei den Ortskrankenkassenwahlen in Wiesbaden siegte die Liste des Gewerkschaftskartells auch für die Siege der Arbeitgeber, die sich an der Wahl nur sehr schwach beteiligten. Der ganze Kassenvorstand ist jetzt mit Kandidaten des Kartells besetzt.

Jugendbewegung.

Agitation für den Jungdeutscherbund in der Volksschule. Aus dem Saarland wird uns geschrieben: Daß ein großer Teil der Volksschullehrer sowie die unteren Verwaltungsorgane stets die Agitation und die Geschäfte für die sogenannten konservativen Parteien besorgen, ist eine altbekannte Tatsache. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die betreffenden Beamten sich aus wirkllicher Ueberzeugung in den Dienst einer Partei stellen; sehr oft aber ist ein großer Teil Heuchelei dabei, man will „oben“ angenehm auffallen. Der neueste Sport, der zurzeit von diesen Leuten getrieben wird, ist die Agitation für den Jungdeutscherbund. In Badersweiler, und wohl auch in vielen anderen Orten, borgt diese Agitation der Polizeidiener und ein Hauptlehrer. Der Ortsdiener von Badersweiler schleppte letzten Samstag einen ganzen Bündel Flugblätter zum Hauptlehrer Hed in die Schule, die dieser dann an die Kinder, die zwei letzten Schuljahre verleiht, mit der Aufforderung an die Kinder, sie sollen die Blätter lesen und ihm dann erzählen, was darin steht.

Wir meinen, es ist nicht Aufgabe eines Volksschullehrers, in seiner Schule derartige Agitation zu betreiben. Die Eltern der Kinder, die Arbeiter sind, verbitten es sich, daß hier für einen Sekundar, dessen ganzer Zweck der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist, in der Schule agitiert wird. Außerhalb der Schule, bei Reichs- und Landtagswahlen, kann Herr Hed den Wahlhelfer machen für seine „nationale“ Partei, wir haben nichts dagegen. Aber auf dem Boden der Schule hat er jegliche Agitation zu unterlassen, wenn ihm an dem Vertrauen der Eltern etwas gelegen ist, die ihm ihre Kinder zum Unterrichten und erziehen anvertraut haben. Herr Hed möge sich auch mal die vernünftigen Urteile ansehen, die von namhaften Pädagogen, Erziehern, auch von Lehrern, lauter Nichtsozialdemokraten, über die beim Jungdeutscherbund gepflogenen Erziehungsmethoden gefällt wurden. Vielleicht läßt er sich dann eines anderen belehren. — Von der badischen Schulbehörde ist natürlich nicht zu erwarten, daß sie diesem Mißbrauch, den viele Lehrer mit ihrem Amte treiben, ein Ende macht, denn sie ist ja selbst eifrige Förderin der Betreibungen dieses Bundes.

Abgeblitzt!

Gründlich abgeblitzt ist am letzten Mittwoch der bekannte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit seiner Berufungsklage gegen den Redakteur der 'Freien Presse', Genossen Fr. Schübelin. Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß gleich bei Eröffnung des Reichstagswahlkampfes der Reichsverband auf dem Plan erschien, um für die Kandidatur Wittum zu streiten. Der Leiter des Reichsverbandes, Generalleutnant z. D. Eduard v. Liebert, kam in höchst eigener Person, um in einer Versammlung im Bürgerbräu die Sozialdemokratie fortzuführen. In der 'Fr. Presse' erschien am Tage der Versammlung ein 'Willkomm'-Artikel, in welcher der Reichsverband entsprechend gekennzeichnet wurde. Diese Charakterisierung zeigte indessen der Leitung des Reichsverbandes begreiflicherweise nicht und so strengte nicht nur Se. Erzgezell Generalleutnant z. D. Eduard von Liebert, sondern auch die übrigen Vorstandsmitglieder, als da sind:

- Landgerichtsrat Paul Sagemann in Erfurt (inzwischen gestorben),
Wirtlicher Geheimer Rat Willi von Dirksen in Berlin,
Landrat a. D. Max Rötger in Berlin,
Kammerherr von Arnim-Büsedom in Büsedom (Udermark),
Landgerichtsrat Dr. Eduard Wagner in Dresden,
Zeitungsherausgeber Dr. Friedrich Lange in Berlin,
Graf von Arnim-Muskau auf Muskau,
Burggraf Karl zu Dohna, Landrat a. D., in Schlichtensee bei Berlin,
Beh. Raurat Alfred Wankel in Altenburg,
Handelskammerpräsident Wilhelm Girsch in Essen a. d. R. und
Beh. Kommerzienrat Julius Vorster in Köln a. Rh.

Privatbeleidigungsklage gegen den Redakteur Fr. Schübelin an mit dem Erfolg, daß der angeklagte Redakteur mit 25 Mk. Geldstrafe belegt wurde. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß, wenn man eine Kampfesweise beliebt, wie sie der Reichsverband für gut hält, man sich gefallen lassen muß, auch von der Sozialdemokratie in gleicher Weise Antwort zu erhalten. Die hohen Herren von der Reichsverbandsleitung waren mit dieser Reparierung ihrer Ehre nicht einverstanden, sie hatten offenbar gehofft, der Redakteur der 'Fr. Pr.' werde auf ein paar Monate eingesperrt werden. Sie nahmen sich einen andern Anwalt (vor dem Schöffengericht hatte sie der Rechtsanwält Dr. Maier vertreten) und legten beim Landgericht Karlsruhe Berufung ein. Allein auch dort erzielte der Reichsverband, der nimmehr durch Rechtsanwält Dr. Trunk (1) aus Karlsruhe vertreten wurde, außerdem war der Geschäftsführer des Reichsverbandes für Baden, Herr Oberleutnant a. D. Jarnak, als Zeuge erschienen, kein anderes Urteil. Die Berufung des Reichsverbandes wurde nach vstündiger Verhandlung kostenpflichtig abgewiesen. Dem Angeklagten stand wie in erster Instanz wieder Rechtsanwält Schürmann zur Seite.

Aus der Partei.

Sozialistisches Tageblatt in China. Nach Beendigung der Parlamentswahlen haben die Sozialisten Chinas ihre ganze Kraft dem Ausbau der Organisation und der Vernehmung ihrer Kampfmittel zugewendet. Auf dem Kongreß, der kürzlich in der alten Kaiserstadt Nanking stattfand, und der an die 3000 Teilnehmer zählte, hat die Parteiorganisation festere Form und das Programm schärfere Fassung erhalten. Festlich wird das letztere einem deutschen Sozialdemokraten in mehr als einer Hinsicht nicht befriedigen. Als vornehmstes Ziel der Partei nennt es den Ausbau der freiheitlichen Institutionen der Republik, Vernehmung der Rechte des Volkes und eine großzügige Propagierung der sozialistischen Grundidee. Der neue Parteivorstand besteht aus neun Direktoren und 30 Beiräten. Die wichtigste Tat des Kongresses ist die Schaffung eines täglich erscheinenden Parteiorgans. Als sein Chefredakteur wurde Masu, der Privatsekretär Sunghafens, ernannt. Die erste Nummer ist bereits erschienen; sie bringt u. a. einen Artikel des ehemaligen amerikanischen Kongreßmitgliedes Gen. Berger. Das neue Blatt trägt den Namen 'Chinesischer Republikaner'.

Jöhlingen. Am Sonntag, 8. Dez., nachm. 3 Uhr, hält der sozialdem. Verein im Gasthaus zum 'Möke' eine Mitgliederversammlung ab, wozu auch die Volkshreundliefere freundlichst eingeladen sind. Genosse Jä. Gröbblingen wird in der Versammlung sprechen. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hürden. Kommenben Sonntag, 8. Dez., nachm. 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum 'Anker' eine öffentliche Volksversammlung statt. Landtagsabgeordneter Genosse Kolb-Karlsruhe behandelt das Thema: 'Lenkung und Krieg'. Hierzu sind alle Parteifreunde der Umgebung, sowie die hiesige Einwohnerschaft höflich eingeladen. Parteigenossen, agitiert für einen starken Besuch.

Aus dem Lande.

Durlach. Die Orts-Tuberkulose-Ausschüsse des Amtsbezirks hielten am 20. November im Rathhause hier eine Jahresversammlung ab. Dabei wurde festgestellt, daß von den 21 Orten des Amtsbezirks in 18 bereits Orts-Tuberkulose-Ausschüsse bestehen. Aus dem Massenbericht des Bezirksausschusses geht hervor, daß die materielle Unterstützung durch die Gemeinden, die Industrie und die Ortsrentenkasse eine ziemlich weitgehende war. Es waren an Einnahmen 2562 Mk., an Ausgaben 502 Mk. zu verzeichnen. In 23 Fällen wurden 23 Ernadmen und 15 Kindern Hilfe gewährt. Bezirksarzt Dr. Geier hielt darauf einen instruktiven Vortrag über die Wohnung in ihrer Beziehung zur Tuberkulose, der wir insbesondere den Herren Hausbesitzern zum eingehenden Studium empfehlen möchten. Es soll in der nächsten Zeit auch eine Beratungsstelle für Tuberkulosekranke eingerichtet werden.

Bruchsal. Zur Bürgerauswahl wählten wir an die Wähler der 3. Klasse die dringende Bitte, die Wahlzettel unverändert und ungezogen abzugeben. Jeder Wähler muß 2 Stimmzettel abgeben, der eine für 6 Jahre und der andere für 3 Jahre. Für 6 Jahre wird im ersten Stod des Knaben Schulbaues gewählt und für 3 Jahre im

zweiten Stod. Insbesondere machen wir die Arbeiter, die auswärts beschäftigt sind, noch darauf aufmerksam, daß die Wahlhandlung abends punkt 7 Uhr beendet ist. Wer also später kommt, darf nicht wählen. Die übrigen Wähler möchten wir dringend eruchen, so frühzeitig wie nur möglich zu wählen. Keiner dürfe sich, jede Stimme zählt, da ja nach der Verhältniswahl gewählt wird.

Arbeiter! Ihr könnt aus der Festsetzung der Wahlzeit ersehen, daß man nach euch nichts fragt, sonst hätte man jodiel Verständnis haben müssen, die Wahlzeit für die 3. Klasse mindestens bis 8 Uhr festzusetzen. Arbeiter, Landwirte, Beamte und Handwerker, alle die ihr es fahrt habt mit dem derzeitigen städtischen Regiment, gebt die sozialdemokratischen Stimmzettel ab!

Unser Wahlbureau befindet sich in der 'Blume'. Abends treffen wir uns in der 'Falz'.

Zentrumsdemagogie. Am Sonntag und Montag hielt das Zentrum hier Wahlversammlungen ab für die kommenden Bürgerauswahlen. Wer nun glaubte, daß die Herrschaften da kommunale Angelegenheiten behandelt hätten, der dürfte sich 'schämen', wie man im Volksmund sagt. Die Herrschaften wissen ganz genau, daß sie mit ihrer kommunalen Arbeit hier nicht viel Staat machen können, deshalb verlegten sie sich auch hier auf ihr Lieblingsgebiet, die Vernichtung der Sozialdemokratie. Nach dem 'Bruchl. Voten' eröffnete den Reigen seine Wichtigkeit der Herr Abgeordnete. Dann kam der Herr Doktor Juris und als dritte Nummer des Trifoliums, der Herr Pfarrer. Also dieselbe Reihenfolge, wenn sie denken auf den Reihern die Bauern verfallen. Da die Herren, wie gesagt, mit einem kommunalen Programm, noch viel weniger mit geleiteter kommunaler Arbeit aufwarten können, hielt der Herr Doktor den Gläubigen eine Vorlesung aus dem 'Volksfreund', speziell der Artikel über den Ausfall der Krankenlaffenwahl. 'Selle Vegetierung' sollen diese Artikel, wenn man dem 'Voten' glauben darf, 'ausgelöst' haben. Es wäre aber geheimer gewesen, der Herr Doktor hätte seinen Schäflein erzählt, was er alles im Stadtrat geleistet hat. Weiter wäre es eine dankbare Aufgabe des Herrn Doktors, wenn er die Stellung des Zentrums präzisieren hätte, die es eingenommen hat, als der sozialdemokratische Antrag, die Revision des Gehalts- und Lohnsatzes der städt. Beamten und Arbeiter vorzunehmen, verhandelt wurde. Und wie stellte sich das gottesfürchtige Zentrum zur Sonntagsruhe? Hat es diese nicht im Bürgerauswahl, um den Geschäftsherrn am Bart zu fassen, niedergehimmelt? Und neuerdings macht sogar ein schwarzer Zuderbäder im 'Voten' Propaganda für eine weitere Verschlechterung der Sonntagsruhe. Es heißt wohl: Du sollst den Sabbat heiligen, aber unsere Bruchsaler Gebetsbüchlein meinen es sei damit schon genug getan, wenn sie mit dem Gebetbuch in der Hand 'in d'Kerch' laufen und nach der 'Kerch' das Gebetbuch ostentativ zum Frühstück mitnehmen. Ja, daß die Arbeiter und Handelsangestellten einen freien Tag in der Woche haben möchten zum Ausruhen, soweit reicht die 'Gharitas' des Bruchsaler Zentrums nicht. In der Theorie da sind sie freilich alle prophatische Kerle, aber in der Praxis — daß Gott erbarm!

Die gespannte politische Lage

hält die Welt in Atem. Der Balkankrieg hat ganz Europa aufgewühlt; seine weltpolitischen Folgen werden die Großmächte noch lange beschäftigen; das furchtbare Gespenst eines Weltkrieges steht drohend am Horizont. In diesen erregten Zeiten hat die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder mit verdunbertem Eifer

über Europas Frieden zu wachen,

sie hat aber auch dafür zu sorgen, daß die noch träge abwärts stehenden politisch aufgellärt, die chauvinistisch Verbehen über die verbrecherische Politik der Säbelträger und Diplomaten, über die entsetzlichen Grauel moderner Kriege eindringlich belehrt werden. Das kann aber nur geschehen durch die tägliche

Lektüre der sozialistischen Presse

die unbestimmert um das Geheil der Scharfmacher und Geschäftspartiatoren der Weg geht, den die Kulturmission des Sozialismus und das wohlverstandene Interesse der breiten Volksschichten ihr vorgeichnen. Auch der wieder zusammengetretene Reichstag stellt im Zeichen der gewaltigen politischen Erregung, die noch verstärkt wird durch die brennenden innerpolitischen Fragen, an deren Spitze

die Fleischteuerung

zu nennen ist. Der

„Volksfreund“

wird sich bemühen, seinem wohlbegründeten Ruf als vortreffliches Kampforjan der unteren Volksschichten in diesen erregten Zeiten noch größere Geltung zu verschaffen. Ungezogen erwarten wir von allen unseren Freunden, daß sie keine Stunde ungenutzt lassen, um ihrer Zeitung neue Leser und Bezahler zu werben. Jeder neuengewonnene regelmäßige Leser der sozialdemokratischen Presse ist ein

neuer Kämpfer für unsere große Sache.

Ettingen.

Partei- und Gewerkschaftsgegnen. Am morgigen Samstag abend 1/9 Uhr findet in der 'Blume' eine Versammlung statt, in welcher Genosse Hof-Karlsruhe über 'Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der neuen Reichsversicherungsordnung' sprechen wird. Die Kenntnis der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes ist für jeden Arbeiter und Arbeiterin, welche sich vor Schaden bewahren wollen, äußerst notwendig. Wir erwarten deshalb auch, daß die Versammlung einen guten Besuch aufweist, ebenso wird gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Baden-Baden.

Schulhaus einweihung. In Anwesenheit von staatlichen und städtischen Behörden fand gestern vormittag die Einweihung des neuen Mädchenschulhauses im Kloster Lichtental statt.

Mannheim, 5. Dez. Ein Opfer seines Berufes wurde gestern nachmittag der 19 Jahre alte ledige Hilfsmonteur Ludwig Ott von Peterstal bei Heidelberg, der bei der Firma Rheinische Schindertwerke in Mannheim beschäftigt ist. Der

junge Mann arbeitete gegen 6 Uhr an der Hochspannung am Elektrizitätswerk. Die Leiter, auf der er stand, kam plötzlich ins Aussehen und inständig griff er, um einen Halt zu bekommen, in die Drähte der Hochspannungsleitung. Vom Strome getroffen, stürzte er ab und blieb leblos liegen. Man stellte Wiederbelebungsversuche an, sie waren jedoch erfolglos.

Geigenbach, 5. Dez. Vor einigen Tagen zirkulierte hier das Gerücht, Lehrer Gebauer, welcher hier Unterlehrer war, habe sich in Freiburg, wo er seiner Militärpflicht genügt, erschossen. Wie dem 'Kriegsbote' mitgeteilt wird, beruht dieses Gerücht auf Unwahrheit. Richtig sei nur, daß sich ein Lehrer Bauer, der im gleichen Regiment dient, erschossen habe.

Bruchl., 5. Dez. Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der bei der Firma Ködlin, Baumgartner u. Co. beschäftigte Arbeiter Birgin von hier. Er war an einem Astzug beschäftigt, an dem sich die Kurbel löste und B. an den Kopf traf. Er wurde bewußtlos in das Spital gebracht und liegt an einem schweren Schädelbruch darnieder. Man hofft ihn am Leben zu erhalten, obwohl die Verletzung eine schwere ist.

Eine aufsehenerregende Mordtat.

Wöflingen, 5. Dez. Am Mittwoch, 4. ds. Mts., wurde der Landwirt Sattler in seiner Scheune erschlagen aufgefunden. Die Untersuchung durch den Bezirksarzt ergab jedoch, daß der Tod nicht durch Erhängen, sondern durch die Hände dritter Personen veranlaßt worden sein muß. Daraufhin wurde am gleichen Tage noch die Ehefrau und die beiden Söhne des Verstorbenen verhaftet und nach Wöflingen ins Amtsgefängnis überführt. Am Donnerstag kamen dieselben wieder nach Wöflingen zur weiteren Untersuchung, da die Leiche sezziert wurde. Am Abend wurden die Ehefrau und der jüngste Sohn nach Karlsruhe abgeführt, während der ältere Sohn auf freien Fuß gesetzt wurde. Die weitere Untersuchung wird das nähere jutage fördern. Die Aufregung im Orte ist groß.

Die neueste Verleumdung der Sozialdemokratie.

Der Reichsverbandspreffe ist Heil widerfahren. Mit Ungeheuren will sie sich auf eine Unterschlagungskasse, die in der Solinger Ortskrankenkasse zu verzeichnen ist. Auf mehr oder weniger Unwahrheiten kommt es dabei nicht an. So lesen wir in der konserbativen 'Post':

'Ehrliche Genossen. Bei der Solinger Ortskrankenkasse, die sich schon seit Jahren in sozialdemokratischen Händen befindet, sind wie uns geschrieben wird, große Unterschleife aufgedeckt worden. Der Rendant Reinhard wurde verhaftet. Er hat, wie die amtliche Untersuchung ergab, 60 000 Mk. unterschlagen. Auch die Vorstandsmitglieder haben ihre Pflicht arg vernachlässigt und selber zu ihrem eigenen Vorteil verhandelt. Der 1. Vorsitzende, der sozialdemokratische Stadtverordnete Knoth, hat von dem Rendanten Gelder angenommen und sich Vorzüge aus der Krankenkasse zahlen lassen, und zwar in Höhe von mehreren 1000 Mark. Der zweite Vorsitzende Giechmann hat ebenfalls Gelder angenommen und Kasseneigentum zu seinem eigenen Nutzen verkauft. Außerdem ist ihm in einem Falle Urkundenfälschung nachgewiesen. Das Kassenvorstandsmitglied Albers hat von dem Rendanten sich über 1000 Mk. geben lassen. Auch das Vorstandsmitglied Unternehmer Woffelmann hat mit Wissen des Vorsitzenden in unzulässiger Weise Geld aus der Ortskasse erhalten. Der Vorstand ist sofort suspendiert und die Unternehmung eingeleitet worden.'

Da die Zentrumspreffe, darunter der 'Bad. Landemann' und die 'Offenburger Zeitung' den Scharmaren natürlich ebenfalls für ihre Verleumdungszwecke bemühen, so möchten wir untern verehrlichen 'Freunden' einen kleinen Dämpfer aufsetzen. Die Sache verhält sich nämlich, wie uns aus Solingen berichtet wird, folgendermaßen:

Nachdem die Aufsichtsbeförde der Kasse durch dritte oder vierte Hand dahintergekommen war, daß in der Kasse nicht alles in Ordnung sei, wurde eine behördliche Revision vorgenommen, die ergab, daß 63 000 Mk. an Kasseneigentum fehlten. Der Rendant Reinhard, ein Bürgerlicher, der über seine Verhältnisse hinaus gelebt hat, wurde verhaftet. Die Kasse hatte auch für ihren Bezirk die Invalidenbeiträge für die Versicherungsanstalt Düsseldorf einzuzahlen. In dieser Kasse ist nun zum größten Teil der Fehlbetrag zu verzeichnen. Der zweite Vorsitzende, ein Arbeitergeber, der bei der letzten Stadtratswahl und bei andern Wahlen Mitglied des liberalen Wahlkomitees war, soll Gegenstände, die der Kasse gehören, an sich genommen und für sich verwertet, sowie Unterschlagen zu seinem Vorteil und zum Schaden der Kasse geflächt haben. Auch er wurde verhaftet und sitzt ebenfalls in Elberfeld in Untersuchung. Der erste Vorsitzende, unser Stadtverordneter Knoth, wurde wiederholt behördlich bernennt, doch konnte ihm nichts Nachteiliges nachgewiesen werden. Es ist eine bewusste Unwahrheit, wenn die bürgerliche Presse behauptet, ihm seien auch Unregelmäßigkeiten nachgewiesen. Wohl hat er auf Beschluß des Vorstandes auf seinen Antrag ein Darlehen als 2. Hypothek auf sein Haus aus Kassennitteln erhalten. Diese Hypothek hätte der Vorstand nicht bewilligen dürfen, da eine zweite Hypothek nicht als mündelicher angesehen wird. Außerdem hat Knoth von dem ihm befreundeten Rendanten ein Darlehen erhalten. Doch das ist eine reine Privatangelegenheit. Es ist allerdings möglich, daß Reinhard das Geld ohne Wissen des Vorsitzenden der Kasse entnommen hat. Weiter hat ein Vorstandsmitglied der Kasse, das Beamter des Metallarbeiterverbandes ist, sich von Reinhard 1000 Mk., angeblich aus dessen Privatmitteln, geborgt. Unbegreiflicherweise ist dieses Vorstandsmitglied, nachdem die Unterschleife bekannt wurden, über die Grenze gegangen, und die Reichsverbandspreffe nimmt Anlaß, die schlimmsten Schläffe daraus zu ziehen. Letzter Tage befahste sich in Solingen eine öffentliche Versammlung, die von etwa 1500 Personen besucht war, mit dieser Angelegenheit. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Vorwurf der bürgerlichen Presse gegen die Sozialdemokratie und den gesamten Vorstand einstimmig und energisch zurückweist.

Man mag also aus obigem beurteilen, inwiefern dieser Fall geeignet ist, der Sozialdemokratie aufs Konto zu setzen. Das Offenburger 'Wahrheitsorgan' sollte die Gläubigen lieber über den großen Bankstrolch in Baden-Baden unterrichten, den in letzter Zeit ein frommer Wetbruder auf Kosten so vieler christlicher Einzeler und 'Gharitas'-Instituten verübte. Dort handelte es sich auch nicht um eine 60 000 Mk.-Unterschlagung, sondern um eine solche von zwei Millionen und der fromms

bündeten über die Mittel beraten, mit denen eine allgemeine Übereinstimmung gefordert werden könnte. Aber in Bulgarien, Serbien und Griechenland sei am 30. September und am 1. Oktober mobil gemacht worden. Poincaré sei darauf mit Sazonow, der sich damals in Paris aufgehalten habe, übereingekommen, der Erhaltung des Friedens die größten Anstrengungen zu widmen. Wir haben, sagte der Ministerpräsident, den Mächten dann den Vorschlag unterbreitet, der von mehreren von ihnen Änderungen erfuhr. Der Vorschlag hatte schließlich zur Folge, daß Österreich-Ungarn und Rußland das Mandat erhielten, in dem bekannten Sinne bei den Balkanstaaten Schritte zu unternehmen, während die Mächte bei der Fortsetzung Schritte unternahmen. Die Formel des Statuts quo, die heute etwas überlebt erscheint, schloß damals die Vereinigung der Mächte zu demselben friedlichen Tage, an dem die österreichisch-ungarischen Schritte erfolgten, Montenegro der Türkei den Krieg und es blieb nun weiter keine Hoffnung, als den Krieg nach Zeit und Raum zu beschränken. Die Kabinete haben in der Folgezeit fast täglich nach Mitteln gesucht, um eine Vermittlung in die Wege zu leiten. Aber schon zwei Tage nach dem italienisch-türkischen Friedensschluß entbrannte auch zwischen der Türkei und Griechenland der Krieg, die Kriegsergebnisse folgten einander schnell, bis der Rückzug der Türken nach Trabalaicha am 29. Oktober mehr und mehr augenscheinlich machte, daß ein großer Teil der europäischen Türkei in den Händen der Verbündeten verbleiben würde, die sich des Sieges würdig gezeigt hatten. Bei dem Suchen nach einer Vermittlungsmöglichkeit zeigte sich auch, daß keine europäische Großmacht danach trachten würde, den Balkanstaaten die Früchte ihrer Erfolge ganz oder teilweise zu entreißen. Frankreich schlug am 30. Oktober im Einvernehmen mit Rußland und England den Mächten vor, dem Mediationsanerbieten einen Zusatz dieses Inhalts anzufügen. Rußland erklärte als erste Macht seine territoriale Uninteressiertheit und wir hatten die Genehmigung, feststellen zu können, daß diese Formel bei keiner Großmacht auf Widerspruch stieß, wie die Großmächte ja auch früher, ausnahmslos öffentlich bezeugten, daß sie keine Gebietsveränderungen anstrebten. Frankreich hat, fuhr Poincaré fort, in den von den Balkanstaaten okkupierten Gebieten, die ganz oder teilweise von der Türkei abgetrennt werden könnten, wichtige Interessen und hat niemals daran gedacht, sich in Balkanfragen selbst ganz uninteressiert zu erklären. Wir sind der Hauptgläubiger der Türkei und es wird sich als notwendig herausstellen, den Anteil der Balkanstaaten an der öffentlichen Schuld der Türkei zu bestimmen. Die Mächte bemühen sich bereits um eine passende Lösung dieser Frage. Weiter sind wir an der Tabakregie und an zahlreichen Konzessionen für öffentliche Verkehrsanlagen interessiert. Ebenso haben französische Gesellschaften ein Interesse an bereits konzipierten oder in Vorbereitung befindlichen Arbeiten. Außer diesen wirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Interessen haben wir ein moralisches und traditionelles Erbe zu wahren. Keines dieser Mittel zur Sicherung des französischen Einflusses sind wir gesonnen aufzugeben. Wir sprachen bereits in sehr freundschaftlicher Weise von den Verhältnissen auf dem Balkan. Wir hatten in den besetzten Ländern moralische und materielle Rechte und wir rechnen wohl darauf, daß sie respektiert werden. Wahrscheinlich werden wir mit den vier Balkanstaaten wegen unserer legitimen Interessen besondere Konventionen abzuschließen müssen. In der gleichen Weise wird sich früher oder später in einer der andern Form eine allgemeine Regelung der bestehenden Schwierigkeiten erheben müssen. Bisher waren sich die Mächte darin einig, anzuerkennen, daß die militärischen Operationen keinen fait accompli ergeben haben und sie waren glücklicherweise beraten, keine gesonderten Maßnahmen oder eine Initiative zu ergreifen, die nicht wieder gut zu machen waren. Das Ergebnis einer besseren Garantie für den euro-

päischen Frieden ist besonders der Fortdauer des Meinungsaustrausches der letzten Woche zu verdanken. Aber eine gemeinschaftliche Aussprache, in der alle Probleme in ihrem Zusammenhang ins Auge gefaßt und alle ausgetauschten Schriftstücke vorgelegt werden, wird allein in friedlicher Weise die Gegensätze der Ansichten lösen können, die zwischen den Großmächten und einem Balkanstaat oder zwischen den Großmächten selbst bestehen. Wir werden, erklärte Poincaré, die Distretion nachahmen, die die auswärtigen Regierungen beweisen haben und können nur sagen, daß es eine Ehrensache gewesen sei, Frankreich seinen Rang im Konzert der Großmächte zu erhalten und seine Stimme zu Gehör zu bringen. Wir sind ohne Schwäche für die Interessen unserer Verbündeten und unserer eigenen, für den Frieden und die Zivilisation eingetreten. Ueber den Waffenstillstand erklärte Poincaré zum Schluß, er glaube, Griechenland werde nicht zögern, sich anzuschließen. Er hoffe, die Verbündeten würden sich die moralische Situation, die sie sich in Europa erworben hätten, durch die bedauerlichen Schwierigkeiten nicht schwächen. Er wünsche, daß die Türkei in einem erquicklichen Frieden bald wieder zu Wohlstand kommen werde. Die französische Regierung lasse es sich lebhaft angelegen sein, die traditionellen Beziehungen zu der Türkei aufrecht zu erhalten. Der Ministerpräsident schloß, indem er sich von neuem zur Aufmerksamkeit und beharrenden Pflege der französischen Allianzen und Freundschaften bekannte, sowie zur Fortsetzung der aufrichtigen Bestrebungen für eine europäische Entente und für den Frieden. Er versicherte besonders seinen feiten und ruhigen Entschluß, den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen und die nationale Würde des Landes durch nichts antasten zu lassen. — Der Obmann des Ausschusses, Barthou, dankte dem Ministerpräsidenten mit warmen Worten für seine Darlegungen. Poincaré erwiderte auf eine Frage Verthous von neuem daß er in der Kammer vor den Weihnachtsferien Aufklärungen über die auswärtige Politik geben werde, ohne sich jedoch für verpflichtet zu halten, auf alle etwaigen Fragen zu antworten.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100. Die beste und sicherste Antwort auf die gestellten Fragen erhalten Sie am Auskunftschafter im hiesigen Hauptbahnhof. Unseres Wissens erhalten Sie sowohl eine Rückfahrkarte wie auch eine Rundreisekarte.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Abf. 6.44 Abtalsbahn nach Ettlingen-Spinnerei, Graf Rheingebirg, Barbarakapelle, Gröbningen. — Nachm. 2 Uhr: Durlacher Tor, Turmberg, Gröbningen. Unterhaltung dajelbst im „Lamm“. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. 3709

Karlsruhe. (Gesangverein Vassalla.) Diejenigen Kinder, die sich am Kinderchor beteiligen, haben sich morgen Samstag abend präzis 7/8 Uhr, mit dem Schullehrer versehen, im Vereinslokal einzufinden. 3720 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Gesangverein Harmonie.) Samstag abend 7/8 Uhr, Zusammenkunft bei Mitglied Kempf z. „Kanone“, Gottesauerstraße. Im Interesse des Vereins ist es jedes Sängers Ehrenpflicht, dajelbst zu erscheinen. Sonntag abend von 6 Uhr ab Zusammenkunft im Lokal. 3708 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Arbeiterkadaververein.) Samstag, den 7. d. M., abends halb 9 Uhr, findet im Lokal, Kaiserstr. 13, unsere Monatsversammlung statt. Bogen wichtiger Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen höflichst ersucht. Sonntag abend von halb 7 Uhr ab gemütliches Zusammensein zu Ehren der hier anwesenden auswärtigen Bundesgenossen im selben Lokal. 3689

K. Mühlburg. (Bruderbund.) Heute abend Probe im kleinen Saale des „Rühen Krug“. 3710

Karlsruhe-Mühlburg. (Verband der Fabrikarbeiter.) Sonntag, 8. Dez., vorm. 10 Uhr, im Gasthaus z. „Saalbau“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kol. Karle über die Gewerkschaften, Wesen, Aufbau und Kampfmittel. 2. Wahl der Ortsvertrauensleute. 3718

Mühlheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Dr. Kullmann im Lokal. 3701

Jorschheim. (Freie Turnerschaft.) Sonntag, 8. Dez., Ausflug nach Kandell (Walz). Abmarsch vorm. 9 Uhr vom Lokal. Nachm. 4.30 Uhr Rückfahrt ab Kandell. 3688

Ettlingen. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Unsere Mitglieder werden ersucht, die öffentliche Versammlung am Samstag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Blume“ zu besuchen. Herr Stadterordneter Hof aus Karlsruhe wird über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sprechen. 3694

Grünwettersbach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 8. Dezember, mittags 4 Uhr, im „Adler“ öffentliche Versammlung. Herr Arbeitersekretär A. Hipp aus Karlsruhe spricht über Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. 3694

Durlach. (Soz. Verein.) Samstag, 7. Dez., abends 7/8 Uhr, im „Schwanen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag. Hinfühliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Leiter der Parteipresse sind hierzu eingeladen. 3722

Singen, A. Durlach. (Sozialdem. Verein.) Am kommenden Sonntag, den 8. Dezember, mittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ Mitgliederversammlung statt. Der wichtigsten Tagesordnung halber ist es dringend notwendig, daß ein jeder Parteigenosse erscheint. 3696

Gröbningen. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 8. Dezember, mittags 3 Uhr, im „Lünen“ öffentliche Versammlung mit Vortrag über Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Referent Kol. G. Sauer. In dieser Versammlung ist die gesamte Arbeiterschaft von Gröbningen freundlichst eingeladen. 3694

Durlacherheim. (Sozialdem. Wahlverein.) Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 1 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kreuz“ unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht der Parteigenossen, vollzählig zu erscheinen. Mitgliederbücher sind mitzubringen. 3697

Baden-Baden. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Brotwurthstraße“ öffentliche Versammlung. Herr Arbeitersekretär A. Hill aus Karlsruhe spricht über Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. 3694

Gernsbach. (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags punkt 10 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lamm“. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 3695 Der Vorstand.

Gengenbach. (Soz. Verein.) Die Mitglieder werden hiermit zu einer wichtigen Versammlung auf Sonntag, 8. Dezember, nachm. 7/8 Uhr, im Verjischen Hof eingeladen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. 5719

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.
Sobald erschienen: Das neue Adressbuch von Karlsruhe. Preis 6.80 M.

Der Auflage von Karlsruhe einschließlich Vororte liegt dem ein „Weihnachts-Anzeiger der Mitglieder des Rabatt-Sparvereins“ bei, worauf wir besonders verweisen. 3729



Praktische Weihnachtsgeschenke

Schuhwaren zu billigen Preisen.



Art. 6205. **Kamelhaarschuh** reine Wolle u. Kamelhaar
20-24 25-26 27-30 31-35 36-42
98 115 128 148 185

Art. 2572. **Filz-Schnallentiefel** mit Filz- und Ledersohle
21-24 25-26 27-30 31-35
89 98 1.25 1.45

Art. 9484. **Filz Schnallentiefel** 225
bester Gichtstiefel mit Filz- und Ledersohle, Absatzfleck

Art. 231. **Damen-Filz- und Schnür-Stiefel** Lederbesatz, Ledersohle u. Abs. **298**

Chev. Damen-Stiefel, amer. Fassung **Boxrind-Herren-Stiefel, mod. Fass.**
5.95
Chev. Damen-Halbschuhe **Boxrind-Damen-Stiefel.**

Art. 737. **Militärtuch-Damen-Hausschuh** mit Lackspitze, Filzfutter, Absatzfl. **98**

Wichsleder-Herren-Zug-, Schnür- u. Schnallentiefel holzgenagelt **398**

Art. E. 30. **Farb. Damen-Leder-Hausschuh** m. Sealskinfutter, Otterbandeinfass, Absatzfl. **198**

Fussbälle, Rucksäcke, Tourenstiefel, grosse Auswahl

Preiswerter Fussballstiefel
englisches Fabrikat 3-5 6-11
Garantie für gutes Tragen **495 595**

Beachten Sie bitte unsere 8 Schaufenster.

R. Altschüler ♦ **Karlsruhe**
Kaiserstr. 161, Ecke Ritterstr.
Größtes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands. 3703

Im **ganzen Hause**
Grosse Waren-Posten
zu bedeutend

herabgesetzten Preisen.

HERMANN TIETZ

Krawatten

3706 in großer, moderner Auswahl.

Richard Bahr,
mech. Kleider- und
Wäscheabreit,
Kronenstr. 49.

Carl Steinbach



Erbsprinzenstr. 36

Erbsprinzenstr. 36

empfeht 3681

Nähmaschinen,
Lang-, Schwing- und Ring-
schiffe und Zentral-Robin mit
Stich-Einrichtung, bei langjähr.
Garantie, sowie günstige
Teilzahlung.
Reparaturen schnell u. billig.

Kartoffeln

beste Gebirgsware

Zentner **2.80**

frei Keller. 3445
Zuverlässigste Bedienung

Bucherer

Zähringerstr. 42/44
Telephon 392.

Bestellungen können in
meinen sämtl. Filialen
gemacht werden.

Brennholz

vorzügliches Hartholz,
gespalten, per Zentner
1 Mark ab Fabrikhof
fortwährend zu haben.

Südd. Furnierfabrik
Werderstr. 7/9.

Spottbillig

verkaufe ich gebrauchte Damen-
kleider, Damenmäntel, alles
noch gut erhalten.
D. Turner, Scheffelstr. 64.

Weihnachtsgeschenke!

Kaufäden u. verschied. Puppen-
zim, Bettung, Nachthaus, Burg,
gr. Kuppe m. Wagen, Bettflächchen,
Himmelbettchen, Pferd, Lospedo
m. 4 Schiff, Kinderkleider u. Stiefel,
1/2 Dgd. neue Damenhojen, 1/2 Dgd.
Wegerschürzen, feine Damen-
kleider, Pelze, Gehörde, Abend-
mäntel, Sportanug, Stiefel usw.
billigt bei Frau Müller, Stein-
straße 16, Stb. part. 3700

Unterhofen

gewickelt, gestrickt u. selbst-
gefert. Stoff-Unterhofen

Richard Bahr,
mechanische Wäsche-
fabrik,
Kronenstr. 49.



2 Waggon Hasen

kommen diese Woche zu nachfolgenden billigen Preisen
zum Verkauf:

Große bayerische Berghafen
per Stück 3.40 bis 3.60

große Hasenrücken
per Stück 1.30 bis 1.50

große Hasenschlegel
per Stück 65-70 Pfg.

Hasenragout
per Stück 80-90 Pfg.

Samstag auch auf dem Markte am Brunnen.

Ferner empfehle: Rehriden und Schlegel in allen
Preislagen, Wäge und Ragout.

Hasanen, Wildenten, Feldhühner, Krametsvögel.

Freitag früh trifft eine große Sendung:

ff. Hasermaist-Gänse ein u. empfehle
per Pfund nur 50 Pfg. solange Vorrat
3715

Gänselein per St. 50 Pfg., Gänsefett per Pfd. 1.25,
Franzö. Pouleten, Straß. Bratänne, Guten,
Hahnen, Poulet, Suppen- u. Fritasseehühner billigt.

Erbsprinzenstr. 23 **Carl Pfeifferle** Erbsprinzenstr. 23
Telephon 1415

Verwand nach auswärts prompt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an unserem schweren Verluste, sowie
für die trostreichen Worte des Herrn Stadt-
pfarrer Hindenlang und die überaus zahl-
reichen Blumenspenden sprechen wir allen
unsern tiefgefühlten Dank aus. 3691

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Göhring.



**Fussball-Club
Mühlburg
Verein für
Rasenspiele**

e. V. - Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Samstag den 7. Dezember,
Spieler-Sitzung.

Sonntag den 8. Dezember,
1. Mannsch. in Mülhausen Ab-
fahrt 5³⁰ Uhr.

2. Mannsch. F.-V. Beiertheim 2
auf unserm Platz 1/3 Uhr.

3. Mannsch. F.-V. Beiertheim 3
auf unserm Platz 1 Uhr.

4. Mannsch. Frankonia Durlach 2
in Durlach 1 Uhr.

5. Mannsch. F.-C. Concordia 3
Exerzierplatz, 1/3 Uhr.



Heute abend halb 9 Uhr:
Spieler-Versammlung.
8. Dez. 1912 auf uns. Platz:
B. C. Pforzheim II u. III gegen
Frankonia II u. III (1/3 u. 1 Uhr)
1. M. gegen Phoenix 1b (Phoenixpl.)
Abfahrt 12⁰⁰ Uhr Durlachertor.
4. M. gegen Südstern III. 3716

Waienstr. 1a, Stb. 3. St. I.
ist gut möbl. Zimmer für
18 Mk. mit Kaffee zu vermieten.

Marktwagen, 4rädig, ge-
flächelt, fluchtlos, noch
gut erhalten, billig zu verkaufen.
Bahnhofstr. 30, Stb. 2. St.

Vertreter gesucht. S. Jür-
genen & Co., Cigaretten- und
Cigaretten-Fabrik, Hamburg. 22. 2485

Fräulein empfiehlt sich im
kleidernachen in
und außer dem Hause. Zu erf.
Mühlburg, Eisenbahnstr. 14, IV. r.

Durlach. Die praktischsten Durlach. 3713

Weihnachts-Geschenke

für Gross und Klein kaufen Sie im
reichhaltig und gutsortierten Lager

August Schindel jr. Hauptstr. 55

Herren- und Knabenkonfektion, Herrenbedarfsartikel.
NB. Beachten Sie gefl. Schaufenster und Preise.

Sonntags bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ausgegangene Haare
kauft zu höchsten Preisen
Oskar Decker, Haarhandlung,
Kaiserstraße 32. 55

Bornehm

wieht ein zartes, reines Gesicht,
roffiges, jugendfrisches Aussehen,
welche, sammetweiche Haut und ein
schöner Teint. Alles dies erzeugt die
allein echte Steckenpferd-Milch-
milch-Seife à St. 50 Pfg., ferner
macht der Pads-Cream rote und
röfliche Haut in einer Nacht weich
und sammetweich. Tube 50 Pfg. bei:
Carl Roth, Hofstr. 228
S. Bieler, Kaiserstr. 228
Otto Fischer, Kaiserstr. 74
Internat. Apotheke Kaiserstr. 80
sowie in allen anderen Apotheken
in Gröningen: **Daus Joseph**
in Mühlburg: **Strauß-Drog.**

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar
einsetzt, fertige schöne Köpfe,
Haarketten, Putzverrichtungen
usw. billigt an. Defekte Haar-
arbeiten repariere billig.

Karl Misch, Friseur,
Aue bei Durlach. 2382

Ich kaufe und verkaufe fort-
während getragene Herren- u.
Damenkleider, Schuhe und
Stiefel, aber nur gute Sachen,
zu billigen Preisen. 16

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Plankuch & Co

Von jetzt ab wöchent-
lich Donnerstag bis
Samstag frisch ein-
treffend 3645

feinste junge
**Maft-
Gänse**

ca. 6 bis 9 Pfund
schwer.

Preis für diese Woche
88 Pfg.

Plankuch & Co

7 m. h. H.
den bakenden
Verkaufsstellen

**Die original
Vollbampf-
Waschmaschine**
empfehle als praktisches
**Weihnachts-
Geschenk**

H. Hebeisen,
Sond. u. Küchengeräte-
Magazin, Verblager,
Werderplatz 36,
Telephon 1635.
Krauprechtstraße 2,
Telephon 2749.
Magl. d. Rabattsparevereins

Bahr's
singe Leinewäsche ist
allen voran

Richard Bahr,
mechanische Wäsche-
fabrik,
Kronenstr. 49.

Die 2 Schlußtage der Sparwoche

Einheitspreise!

Freitag und Samstag

Einheitspreise!

bieten ganz hervorragende Gelegenheitskäufe

für Weihnachts-Geschenke.

Damenhüte
aus Filz u. Samt, mit feinen Garnituren
darunter teure Modelle
jetzt 4 Vorzugsreihen

Serie I	II	III	IV
2.80	5.50	8.50	12.00

Ein Posten Pelzwaren
darunter Kanin, Mouflon, div. Murmelarten, Tibet, Fehwamme
jetzt weit unter Preis

2.80	3.75	5.50	8.50	12.—	21.—
------	------	------	------	------	------

Mädchen-Kleider
moderne Façons, gute Stoffe
für das Alter

1-6 Jahre	95 J	1.80	3.75	5.50
7-10 "		3.75	5.50	6.75 8.50
11-14 "		6.75	8.50	12.00

Kinder-Pelerinen
aus starken Stoffen
teilweise mit seidnen Capuchons

1.80	2.80	3.75	5.50	6.75
------	------	------	------	------

Knabenblusen 95 J
hochgeschl. Façons, mit Schleife

Damenkostüme
Jacken-Kostüme, Stoffe engl. Art, nur moderne Sachen in bester Verarbeitung.
jetzt 21.— 28.— 37.— 45.— 58.—

Damen-Blusen
Popeline-Blusen, reine Wolle, gefüttert, in verschiedenen modernen Façons
2.80 3.75 5.50 6.75

Jacken-Kostüme, marineblau Kammgarn, zum Teil auf Seide gearbeitet
jetzt 15.50 21.— 28.— 37.— 45.— 58.—

Seiden- u. Samt-Blusen, mit u. ohne Schoß, aparte Neuheit, jetzt äusserst preisw.
8.50 12.50 15.50 21.—

Damen-Ulster
Damen-Ulster, offen und geschlossen zu tragen, nur allerbeste Façons
jetzt 12.— 15.50 21.— 28.— 37.— 45.—

Kostüm-Röcke
aus Stoffen engl. Art, ganz besond. vorteilhaft

Serie I	II	III	IV	V
2.80	5.50	6.75	8.50	12.—

Damen-Mäntel und Paletots, erstklassige Stoffe
jetzt 12.— 15.50 21.— 28.— 37.— 45.—

marine und schwarz, Kammgarn Cheviot

Serie I	II	III	IV	V
5.50	6.75	8.50	12.—	15.50

Boden-Teppiche
Ia. Bouclé, Velour und imitiert Perser
ca. 170/235 ca. 200 300
jetzt 28.— 37.—

Linoleum-Teppiche
150 200 200 250 200/300
3.75 8.50 12.—

Läuferstoffe
Läuferstoffe
Fantasie 1.25 95 J

Cocosläufer je nach Breite 1.80 1.35 95 J

Stuhlläufer Ia. Qualität . 1.35 95 J 45 J

Felle
Antilopenfelle ca. 65 160, gefüttert Stück 5.50

Chines. Ziegenfelle wattiert, und Läuferstoff-futter 8.50 5.50 2.80

Tischdecken
Leinen-Tischdecke mit Stickerei . . . 5.50 3.75

Plüsch-Tischdecken extra preiswert . . . jetzt 8.50

Künstlerdecken garantiert waschecht jetzt 5.50

Hugo Landauer

Karlsruhe i. B.

19697

Kaiserstraße Telephon No. 6 Lammstraße

Sozialdem. Verein Karlsruhe
Frauensektion.

Sonntag, den 8. Dezember, abends 1/2 6 Uhr,
im Saal der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 18,

Familien-Abend

der Frauensektion.

Mitwirkende: Gesang-Verein „Gleichheit“, Arbeiter-Frauenchor, Frau Krebs und Herr Jekler.

Wir laden hierzu die Genossinnen und Genossen mit dem Erlauben, zahlreich erscheinen zu wollen, höflichst ein.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarb.-Verband
Sektion Straßenbahner.

Sonntag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Saale „zum Burghof“ das

3. Stiftungsfest

verbunden mit Konzert, Gesangsvorträgen des Sängerbundes „Vorwärts“, artistischen Produktionen und humoristischen Vorträgen von „Badenia-Müller“, sowie sonstige Unterhaltung statt. Festrede von Herrn Rechtsanwalt W a r u m.

Die Mitglieder mit ihren werten Familien, sowie Freunde unserer Organisation sind freundlichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Gewerbe-Verein Bruchsal.

Weihnachtsmesse

in der Bruchsaler Gewerbehalle
am Marktplatz.

Ausstellung und Verkauf von handwerk-mässigen u. gewerblichen Gegenständen der Mitglieder des Bruchsaler Gewerbevereins.

Besuchszeiten: an Werktagen ununterbrochen von 10-8 Uhr, an Sonntagen von 11-7 Uhr

Eintritt frei.

Nur Adlerstr. 18a
neb. Gasthaus z. Zähring, Löwen.

Wohlfeile Pelzwoche.

Grosse Preisermässigung

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Anzüge für Herren
11, 13, 15 M 1- u. 2-reihig 18, 22, 25 bis 45 M

Paletots und Ulster
12, 14, 15, 17, moderne u. gute Verarbeitung 20, 23, 26 bis 42

Pelerinen (wasserdicht), für Herren und Damen
750, 9, 1050, 1250 bis 22 M

Sämtliche Berufs- und Arbeiter-Bekleidung in bester Näharbeit

Nur Adlerstrasse 18a E. Hahn.
An den Sonntagen vor Weihnachten von 11-7 Uhr geöffnet.

Wolldecken, Bett-Teppiche
finden enorm billig abzugeben. Sehr lohnend für Wiederverkäufer.

Kaiserstraße 133,
1 Treppe hoch. 8605
Eingang Kreuzstr. bei d. H. Kirche.

Eintracht-Saal
Karlsruhe.
Achtung! Unwiderruflich!
Nur noch 3 Tage
Grosse sensationelle
Soreen des
Hofkünstlers
Bellachini

Sie sparen viel Geld!
wenn Sie Ihren Bedarf in
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion,
sowie Hut- und Mode-Artikel
bei uns einkaufen.

Freund & Co., Ettlingen
Bestastes und größtes Bekleidung. Ha 3
am Platze.

Anzüge Ulster
kaufen Sie gut und billig
auf Teilzahlung bei

P. Teicher
Manufaktur und
Weißwaren
Karl-Friedrichstr. 19 II.